

„Er (Anm. d. Autorin: gemeint ist der BND-Informant) hat diese Vertrauensstellung dazu ausgenutzt, Kundendaten an sich zu bringen.“ (Bild-Zeitung, 20.2.2008, 2)

Aus weiteren diversen Zitaten sind die Interessen der deutschen Seite, allen voran Bundesfinanzminister Peer Steinbrück, und das Ziel der medialen Angriffe ersichtlich: „Das war das Geschäft meines Lebens. Gut vier Millionen Euro Investition und erwartete 300 Millionen Euro Ertrag.“ (Frankfurter Rundschau, 1.3.2008, 6-7) „Wir haben eine zweite Liechtensteiner Bank im Visier.“ (ein Staatsanwalt, dpa-AFX, 24.2.2008) Der gesamte Fall war von dieser Seite offensichtlich gut vorbereitet worden: „Beweismaterialien sind von ungewöhnlicher Qualität [...] Den meisten Beschuldigten ist angesichts der Aussagekraft der Unterlagen klar, dass Leugnen nichts bringt [...] Keinerlei Anhaltspunkte, dass das vom BND von einem Informanten gekaufte Datenmaterial rechtswidrig sein könnte. [...] Wir haben dies vorher sehr sorgfältig geprüft.“ (Generalstaatsanwalt in Hamm, Manfred Proyer, SZ, 27.2.2008, 1)

Freude über den Erfolg der groß angelegten Ermittlungen und Neid bei Kollegen über diesen Erfolg liegen nahe beieinander. So meinte ein Einsatzleiter in der Zeitschrift Capital vom 28.2.2008 (S. 22): „Bisweilen wollen die Kollegen zu viele Fälle an einem Tag machen, weil es so einfach geht. [...] als wenn man zu Oma Schmitz geht und ein unversteuertes Sparbuch findet.“ Am gleichen Tag zitiert die FTD (S. 11) den Justizsprecher der Staatsanwaltschaft I in München auf die Frage nach dem von Liechtenstein an Deutschland gestellten Rechtshilfeersuchen: „Die Federführung in dem Fall hat Bochum, aber vielleicht glauben sie, wir seien zuständig, weil der BND hier sitzt.“

→ **Fazit:** Die Staatsanwaltschaft Bochum und in der Folge auch die anderen Staatsanwaltschaften waren nicht nur inhaltlich proaktiv, sondern auch in ihren medialen Auftritten, gaben anfangs mit ihren Aussagen den Ton der Auseinandersetzung vor.

Als zweite Interessengruppe kann die **Finanzöffentlichkeit in Deutschland und Liechtenstein**, aber auch der Schweiz, ausgemacht werden. Dazu gehören der Liechtensteinische Bankenverband (LBV), der Bundesverband deutscher Banken, die Schweizer Bankiersvereinigung, die Eidgenössische Bankenkommission, einzelne Banken in Deutschland und Liechtenstein, bei letzteren insbesondere die vom Datendiebstahl betroffene Liechtenstein Global Trust (LGT). Je nach persönlicher Betroffenheit bringen sie ihre Meinung zu den Vorgängen aus Distanz zum Ausdruck, z.B. „Jeder einzelne Bürger muss mit sich selbst ausmachen, was er zu tun oder zu lassen hat. Wir sind keine Polizei.“ (Stiftungspräsident der LGT-Bank, Prinz Philipp von und zu Liechtenstein, in: Die Welt, 21.2.2008, 3) oder nützen die Gelegenheit, um auf seit langem bekannte, aber nicht breit publik gewordene Zustände hinzuweisen, z.B. „Die Punkte, die Frau Merkel angesprochen hat, sind nicht neu [bzgl. Umsetzung der Dritten EU-Geldwäscherei-Richtlinie, Abschluss eines Betrugsbekämpfungsabkommens etc.] Das alles läuft schon seit Jahren. Die Verfahren werden angesichts der Situation höchstens beschleunigt.“ (Geschäftsführer des LBV, Michael Lauber, FTD, 22.2.2008, 12). Die Interessen werden klar zum Ausdruck gebracht, auch über Staatsgrenzen hinweg: „Die Rechtslage ist klar, es gibt ein Bankgeheimnis und ein Steuerabkommen.“ (Sprecher der Eidgenössischen Bankenkommission, Alain Bichsel, Die Welt, 21.2.2008, 3), oder „Die Steuerehrlichkeit liegt beim Kunden.“ (ein Sprecher des Bundesverbands Deutscher Banken, Die Welt, 28.2.2008, 12).